Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934
1919

48 (26.4.1919)

Visual Library

Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Bezugs-Preis mit dem wöchtl. erscheinenden Amtl. Verkündigungsblatt durch die Post bezogen monatlich 62 Pfennig am Postschalter abgeholt, durch den Briefträger und unsere Austräger frei ins Haus gebracht monatlich 70 Pfg.

Geschäftszeit 1/28—7, Samstags bis 6 Uhr. Sonntags geschlossen.

Fernsprechanschluß Nr. 11.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Gegründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Aelteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen kosten im Anzeigenteil die Zeile (42 mm breit) 25 Pfg. bei Platzvorschrift 30 Pfg. im textlichen Teil (87 mm breit) 60 Pfg. an erster Stelle 70 Pfg. Bei Wiederholung tariffester Rabatt, der bei Nichteinhaltung des Zieles, bei gerichtlichen Betreibungen und bei Konkursen außer Kraft tritt.

Schluß d. Anzeigenannahme 8 Uhr vorm., für umfangreichere Anzeigen Tags zuvor 4 Uhr nachmittags.

Postscheck-Konto Karlsruhe Nr. 6903

№ 48. | Samstag, den 26. April 1919. | 80. Jahrgang

Veröffentlichung der Friedensbedingungen.

Ein deutscher Völkerbundsentwurf. Generalstreikpläne in Baden. Der Bergarbeiterstreik in der Hauptsache beendet. Spartakistische Bestrebungen in Württemberg. Bolschewistische Revolution in Konstantinopel. Die Tragweite der indischen Revolution.

Vor Beginn der Friedensverhandlungen.

Die angeblichen Friedensbedingungen.

Berlin, 23. April. Das Journal de Geneve gibt nach den bisherigen Pariser Meldungen und nach seinen privaten Informationen laut Vossischer Zeitung eine Zusammenstellung der Friedensbedingungen. Danach handelt es sich in großen Zügen um folgenden Inhalt des vorläufigen Friedensvertrages:

1. **Gebietsbestimmungen:** Deutschland verliert Elsaß-Lothringen, Polen in den ungefähren Grenzen von 1772, vergrößert durch polnische Distrikte in Oberschlesien, und Nordschleswig nach den Grenzen, wie sie durch die Volksabstimmung festzustellen sein werden. Weiter scheint es, daß man Belgien die angeblich belgischen Bezirke von Moresnet, Eupen und Malmedy mit oder ohne Volksabstimmung zusprechen will. Danzig und das Saargebiet werden unter internationale Kontrolle gestellt und wenigstens für das Saargebiet wird die Volksabstimmung nach 15 Jahren vorgesehen.

2. **In militärischer Hinsicht:** Die Unterhaltung eines Volksheeres wird Deutschland untersagt; die Stärke seiner Truppen und ihre Bewaffnung werden einer Ueberwachung unterworfen und ihre Zahl scheint auf 100 000 Mann festgesetzt zu sein. Ueber Flotten und Flugzeuge ist nichts genaueres bekannt. Deutschland wird keine Militärmacht auf dem linken Rheinufer unterhalten dürfen und ebensowenig auf einem 50 Kilometer breiten Streifen auf dem rechten Rheinufer; möglicherweise sind ähnliche Bestimmungen auch an der Ostgrenze zum Schutze Polens beschlossen. Helgoland wird der Vernichtung ausgeliefert, da die künstlichen Schutzwälle gegen Beschädigungen durch das Meer geschleift werden müssen.

3. **In wirtschaftlicher Hinsicht:** Deutschland zahlt 125 Milliarden innerhalb von 50 Jahren nebst Zinsen; von der Anfangszahlung von 25 Milliarden erhält Belgien 15 Milliarden und Frankreich 5½ Milliarden, Frankreich erhält außerdem als Entschädigung für seine zerstörten Kohlengruben das unbeschränkte Eigentumsrecht auf die Saargruben, sodaß Deutschland, wenn nach 15 Jahren sich das Saargebiet für Deutschland erklären sollte, diese Gruben zurückkaufen muß.

4. **Deutschland verliert seine Kolonien**, die an den Völkerbund übergeben werden, und seine Ueberseekabel, deren Ausnützung sich die Alliierten vorbehalten.

Die Entscheidung, ob Deutschland diesen Vertrag annehmen wird und kann, hängt wesentlich von dem Maß an wirtschaftlichen Zugeständnissen ab, die der Vertrag, wie das Journal de Geneve behauptet, zweifellos an Deutschland macht, denn anders — so meint dieses wahrhaft deutschfeindliche Blatt — vermöchte man in der Tat nicht einzusehen, was die Deutschen veranlassen sollte, solche Lasten auf sich zu nehmen.

*

Die Mitteilungen des Journal de Geneve sind nicht authentisch, vielmehr nur eine Zusammenstellung aus früheren, nicht kontrollierbaren Meldungen und ebenfalls unkontrollierbaren Informationen des Blattes. Die Tendenz, die sich in diesen angeblichen Bedingungen ausspricht, deckt sich allerdings mit dem Geist, der aus allen bisherigen Kundgebungen der Alliierten erkennbar war. Wir wollen nicht annehmen, daß der wahre Inhalt des Friedensentwurfs der Feinde den Angaben des Genfer Blattes entspricht oder ihnen auch nur nahekommt. Wir erklären, daß die hier niedergelegten Bedingungen oder ähnliche für das deutsche Volk ganz unannehmbar sind. Sie widersprechen in allen Punkten den 14 Punkten Wilsons, welche nach der vor dem Waffenstillstand getroffenen Vereinbarung sowohl für Deutschland wie für die Alliierten die einzige rechtmäßige Grundlage des Friedens sein sollen.

Solche Bedingungen sind absolut unannehmbar. Deutschland ist noch ohne Antwort auf die Anfrage, ob die deutschen Delegierten von den Alliierten als gleichberechtigte und in ihrer Bewegungsfreiheit unbehinderte Unterhändler anerkannt werden oder nicht, ob ein Verhandlungsfriede zustande kommen soll oder ob die Alliierten uns den Frieden diktieren wollen. Im zweiten Fall wissen wir, daß ein solcher Friede kein wahrer Friede von Dauer sein kann. Gewalt kann vor Recht nicht bestehen.

Berlin, 23. April. Die **deutsche Friedensabordnung ist noch nicht abgereist.** Sie wird erst aufbrechen, wenn aus Paris die Antwort auf unsere letzte Note vorliegt, in der an die Zusage, Bevollmächtigte zu entsenden, die Voraussetzung geknüpft ist, daß die **Bevollmächtigten auch wirklich zu Verhandlungen kommen und daß sie volle Bewegungsfreiheit haben.** Sollten die Ententemächte diese Bedingungen ablehnen, so würde die Zusage für die Entsendung unserer Delegation wegfallen, und es müßte ein neuer Gedankenaustausch darüber stattfinden.

Abreise der deutschen Delegierten nach Versailles.

Berlin, 23. April. Wie laut einer Genfer Meldung des B. T. gemeldet worden ist, hat General Naudant im Auftrage des französischen Ministerpräsidenten der deutschen **Waffenstillstandskommission** die Antwort auf die deutsche Note vom 21. April überreicht. Es wird versichert, daß die Antwort alle Schwierigkeiten, die etwa noch bestehen könnten, beseitigt. Man erwartet daß die deutschen Delegierten nunmehr bestimmt Ende des Monats in **Versailles** eintreffen werden. Die deutsche Friedensdelegation wird, wie das B. T. erfährt, aus insgesamt 80 Personen bestehen; außer den 6 Unterhändlern werden ihr 7 Vertreter des Auswärtigen Amtes, je 2 Vertreter der übrigen beteiligten Reichsämter, des Generalstabes, der Admiralität und der Waffenstillstandskommission angehören, ferner Vertreter der Geschäftsstelle für die Friedensverhandlungen, sowie Sekretäre, Dolmetscher, Büropersonal und das Personal des Nachrichtendienstes.

WTB. **Berlin,** 24. April Das B. T. meldet: Der Ministerrat beschloß, daß die **deutsche Friedenskommission von 15 Pressevertretern begleitet sein werde,** die Montag Abend mit der Abordnung nach Versailles abreise und Dienstag Abend in Versailles eintreffen werde.

Brockdorf-Rantzau über das Saargebiet.

Wien, 22. April. Reichsminister **Graf Brockdorf-Rantzau** erklärte einem Vertreter des Neuen Wiener Tageblattes zu den Havasberichten über das Schicksal des **Saargebietes,** Deutschland fuße auf dem **Wilsonschen Programm,** das nichts von Abstimmung über Gebiete sage, deren Zugehörigkeit außerhalb der Erörterung stehe; er sehe keine Möglichkeit dafür auch nur zu erwägen, ob das Saargebiet einer Kontrolle unterworfen werden solle, wovon Havas spreche. Er sei aber bereit, die Frage eines **wirtschaftlichen Ausgleichs** mit Frankreich mit dem besten Willen zur Verständigung zu prüfen. In Beantwortung der Frage, ob die Politik der Entente unter dem Druck des öffentlichen Gewissens ihre gefährliche Bahn doch noch verlassen werde, wies Graf Brockdorf darauf hin, daß die Entente trotz des Ankämpfens und Wühlens gegen den Anschluß Deutsch-Oesterreichs an Deutschland kein energisches „Nein" spreche, da offenbar auch die bitterste Feindschaft sich scheue, die unwiderstehlichen Triebkräfte des nationalen Gemeinschaftslebens zu vergewaltigen.

Foch für die Rheingrenze.

Berlin, 23. April. In einem Interview mit der „Daily Mail" wandte sich Marschall Foch schroff gegen alle Versuche, für Frankreich eine andere Grenze als den Rhein auf der Friedenskonferenz zu bestimmen. Da wir jetzt den Rhein erreichten, erklärte Marschall Foch, müssen wir hier bleiben. Machen Sie dies Ihren Landsleuten, den Engländern, begreiflich. **Der Rhein ist unsere einzige Sicherheit.** Eine Demokratie, wie sie Frankreich ist, hat keine Angriffsabsichten, aber ein Bedürfnis nach natürlichen Grenzen. 70 Millionen Deutsche sind stets eine Gefahr für Frankreich. Auf die Karte zeigend, worauf der Rhein mit dicken blauen Strichen eingezeichnet ist, schrie Foch: „Hier, hier, hier ist unsere Grenze". In den Völkerbund und die Armeen der Alliierten setzt er kein Vertrauen, die Engländer würden in Kanada, Australien und Neuseeland sein, die Amerikaner in Amerika. Wenn man ein Haus baue, lege man ein Doppelschloß an für die Mauer um den Garten. Aber wende man ein; hier gibt es nirgends Diebe, dann könne man auch zweifeln, ob es Gendarmen gebe, meinte Foch, die können auch zu spät kommen, deshalb gebe es nur einen Schutz: die **französischen Armeen müssen am Rhein stehen.** Fochs Erklärung vor dem Vertreter des englischen Blattes ist um so wichtiger, als es sein erstes Interview mit ausländischen Journalisten ist. Als Kundgebung, wie sich die französischen Militärkreise der Frieden vorstellen, kommt ihr Bedeutung zu. Erwähnenswert ist noch, daß Foch es für unmöglich erklärt, daß der Bolschewismus jemals nach Frankreich gelangen könne.

Foch verweigert die Pässe für das besetzte Gebiet.

WTB. **Berlin,** 24. April. Der B. L. meldet aus Köln: Auf Befehl des Marschall Foch werden vorläufig keine Pässe mehr für das besetzte Gebiet genehmigt. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat dagegen Einspruch erhoben.

Englische Warnung vor einem Diktatfrieden.

WTB. **Amsterdam,** 23. April. Dem „Allgemeinen Handelsblad" wird aus London gemeldet, daß der Satz in Lloyd Georges Unterhausrede: „Alle Versprechungen der Regierung sind in den Forderungen der Alliierten, die Deutschland vorgelegt werden, verkörpert", von den Jingoblättern zu der Forderung ausgebeutet worden, daß die **deutschen Friedensdelegierten unterzeichnen oder nicht unterzeichnen müßten und daß man mit ihnen nicht verhandeln solle.**

Die liberale „Westminster Gazette" schreibt im Gegensatz hierzu, daß es sich keineswegs darum handeln könne, daß auf einer Seite diktiert und auf der anderen Seite unterschrieben werde. Die Forderung, daß die Deutschen Bevollmächtigte entsenden, schließe in sich, daß diese das Recht haben werden, mit den Alliierten zu verhandeln. Ein Diktatfriede, der die Deutschen zu unterzeichnenden Automaten mache, würde eine gute Entschuldigung sein, um später die Giltigkeit des Vertrages nicht anzuerkennen. Die Alliierten müßten überlegen, nicht was sie im Augenblick einem Feinde, der geschlagen und erschöpft ist, auferlegen können, sondern was sich in 20 oder 30 Jahren, wenn die **große Bevölkerung Deutschlands ihren Einfluß in der Welt wiedergewonnen habe,** was unvermeidlich sei, ereignen könnte. Dasselbe müßten auch Italiener und alle anderen überlegen, die im Namen des heiligen Egoismus versuchen, aus dem Siege den letzten Pfennig herauszuschlagen.

Bedeutsame Erklärung Scheidemanns.

WTB. **Berlin,** 24. April. Die Morgenblätter berichten aus dem Haag: Der Berl. Korrespondent des Daily Cronicle hatte eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Scheidemann. Dieser erklärte, daß die **deutsche Nationalversammlung ganz bestimmt über den Frieden gefragt werden würde.** Nur wenn es sich sich ergeben sollte, daß das Urteil der Nationalversammlung so ausfallen sollte, daß Deutschlands Antwort nur von einer kleinen Majorität getragen sei, dann erst muß das Volk in seiner Gesamtheit durch Abstimmung gefragt werden. Der Berichterstatter erklärte ferner: Nach seinen Erkundigungen in deutschen Regierungskreisen sei es **wahrscheinlich, daß der Vertrag auch nach Unterhandlung und Erörterung nicht unterzeichnet werden würde, da die deutsche Regierung davon überzeugt sei, daß eine vernünftige Unterlage für den Frieden nicht erreicht werden könne.**

Veröffentlichung der Friedensbedingungen.

WTB. Paris, 24. April. Nach dem Echo de Paris wird ein Auszug aus den Friedensbedingungen am Sonntag, den 4. Mai in den Blättern veröffentlicht werden. Der Auszug wird drei Zeitungsseiten umfassen.

Wilson, Italien und das Adriaproblem.

Rotterdam, 24. April. Das amerikanische Presse-Büro in Paris vermittelt eine Erklärung des Präsidenten Wilson zu der Adriafrage. In dieser Erklärung, die Wilson ausdrücklich als seine persönliche Stellungnahme bezeichnet, legt der Präsident die Gründe dar, die ihn veranlaßten, sich der **Zuweisung Fiumes an die Italiener zu widersetzen.** Er führte aus, daß der Friede, der mit Deutschland geschlossen werden soll, auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit gebaut sein soll. Dieselbe Grundlage gelte aber auch für die Gebiete, die früher Teile der Oesterreichisch-Ungarischen Monarchie waren und bei der Beachtung dieser Grundlage dürfe Fiume nicht für den Import und Export als Tor nach Italien dienen, sondern nur für den Handel der nördlich und nordöstlich von Fiume gelegenen Gebiete, namentlich Ungarn, Böhmen, Rumänien und die südslawischen Staaten. Die Erklärung erinnert weiterhin daran, daß **Fiume** in dem Vertrage von London vom Jahre 1915 **Kroatien zugewiesen** wurde, während in demselben Vertrage **Italien nur einzelne Punkte an der dalmatischen Küste** erhalten sollte, um diese gegenüber Angriffen von Seiten Oesterreich-Ungarns zu schützen. Diese Gefahr bestehe jetzt aber nicht mehr. Wilson erklärte zum Schlusse, er sei überzeugt, daß Italien sich entschließen wird, einer Regelung der Interessen-Fragen zuzustimmen, die einen Frieden zu sichern geeignet ist. — Der italienische Ministerpräsident **Orlando** gibt bekannt, daß er infolge der durch die Veröffentlichung der Wilsonschen Erklärung geschaffenen Lage morgen **Paris verläßt** und sich nach **Italien zurückbegibt.** — Zufolge weiterer Mitteilung aus Rotterdam hat Italien angedeutet, daß es gegebenenfalls **wegen Dalmatien abermals zu den Waffen** greifen werde, doch verlaute, daß diese Drohung besonders in amerikanischen Kreisen nicht ernst genommen werde, da Amerika heute bereits die italienische Valuta stützen müsse und Italien auch in der Lebensmittelversorgung von den Vereinigten Staaten abhänge.

WTB. **Amsterdam,** 24. April. Nach einer Meldung des Reuterschen Büros aus Paris hat der **italienische Ministerpräsident Orlando erklärt,** daß seine Kollegen vielleicht doch einige Tage in Paris verbleiben sollen. Orlando fügte hinzu: Ich verlasse Paris nicht um mit unseren Alliierten zu brechen, sondern wir werden sie nur ersuchen, die Wahrung unserer Interessen zu übernehmen. Reuter meldet aus Paris: Orlando rechnet damit, Paris um 2 Uhr nachmittags zu verlassen. Es kann aber im Laufe des Vormittags **noch ein Ereignis eintreten, was ihn zur Aenderung seiner Absicht veranlaßt.** Lloyd George besuchte heute Vormittag Orlando.

Die Lösung der Marokkofrage.

Berlin, 23. April. Nach einer Pariser Depesche des „Secolo" hat die Pariser Konferenz nun auch die **Marokkofrage** damit gelöst, daß Deutschland auf sämtliche aus dem Algeciras-Vertrag und den deutsch-französischen Verträgen von 1909 und 1911 herrührenden Rechte verzichtet. **Alles deutsche Staatseigentum wird ohne Entschädigung konfisziert,** das deutsche Privateigentum versteigert. Der Erlös soll zur teilweisen Verminderung der Summe dienen, welche Deutschland der Entente für Wiederherstellungen schuldet.

Der deutsche Völkerbundsentwurf.

Berlin, 23. April. Nun ist die deutsche Regierung doch mit einem eigenen **Entwurf über einen allgemeinen Völkerbund** hervorgetreten, der sich treuer an die ursprünglichen Wilsonschen Ideen hält als die einseitigen Rückversicherungspakte der Alliierten. Mit Recht stellt die deutsche Fassung die Forderungen nach einem internationalen Schiedsgerichtshof und nach absoluter Gleichberechtigung aller Nationen an erste Stelle. Die Verhütung internationaler Streitigkeiten, die Abrüstung, die Sicherung der Verkehrsfreiheit und der allgemeinen wirtschaftlichen Gleichberechtigung, der Schutz der nationalen Minderheiten, die Schaffung eines internationalen Arbeiterrechtes, die Regelung des Kolonialwesens, die Zusammenfassung bestehender und künftiger internationaler Einrichtungen und zum Schlusse schließlich die Schaffung eines Weltparlaments werden als die besonderen Zwecke des Völkerbundes angegeben. Der Völkerbund

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

muß nach dem deutschen Vorschlag umfassen: 1. Alle kriegführenden Staaten einschließlich der während des Krieges neu entstandenen Staaten, 2. alle neutralen Staaten, die dem Haager Weltschiedsverband angeschlossen waren, 3. alle anderen, wenn sie von zwei Dritteln der bereits vorhandenen Bundesmitglieder zugelassen werden, 4. dem päpstlichen Stuhl bleibt der Eintritt in den Völkerbund vorbehalten. In einer Reihe von Paragraphen und Artikeln werden dann die durch diese Punkte gegebenen Rechte und Pflichten der Mitglieder eines solchen Völkerbundes erörtert.

Reichspräsident Ebert über die innere Lage Deutschlands

Paris, 23. April. (WB.) Havas. Reichspräsident Ebert gewährte am Ostersonntag einem Vertreter des Temps eine Unterredung. Die innere Lage Deutschlands, so erklärte Ebert, hänge übrigends wie in allen Ländern, von der **allgemeinen Weltlage** ab. Die inneren Bedingungen Deutschlands seien solidarisch mit denen aller Länder der Welt. In der allgemeinen Erkenntnis dieser Solidarität erblickt Ebert die besten Garantien für den Weltfrieden. Der ungeheuerliche, vor dem Krieg von einem englischen Blatte aufgestellte Satz, daß der wirtschaftliche Ruin Deutschlands eine Bereicherung Englands bedeute, stellt in der neuen sozialistischen Welt einen erschreckenden Wahnsinn dar. Dem französischen Regime verdankt der Sozialismus einen großen Teil seiner schöpferischen Ideen, deshalb vertraut Ebert Frankreich, daß es sich mit dem Gedanken der Solidarität der gesamten menschlichen Arbeit nicht verschließen wird. Gewinnt dieser Gedanke in Frankreich die Oberhand, dann werden sich auch gute Beziehungen zwischen beiden Ländern einstellen. Deutschland ist bereit, diesen Gedanken zur Tat werden zu lassen, und Frankreich aus ganzer Kraft zu helfen, die durch die Schrecken des Krieges verursachten Schäden wieder gut zu machen. Es wäre vorteilhafter, wenn diese Arbeit auf Kosten Deutschlands durch Freiwillige geleistet würde, als durch die Masse der versklavten deutschen Kriegsgefangenen. **Ebert protestiert dann gegen das Zurückhalten der Kriegsgefangenen** in einem Augenblick, in welchem die Versöhnung eingeleitet werden soll.

Die Schaffung eines rheinisch-westfälischen Pufferstaates könne er nicht als Garantie für den künftigen Frieden oder für die künftigen guten Beziehungen zu Frankreich betrachten. Die Rücksicht auf die wahren Interessen ihres Landes werde hoffentlich die französischen Staatsmänner hindern, von Deutschland die Unterschrift eines Vertrages zu verlangen, der im Gegensatz zu den wahren Interessen Frankreichs stehe.

Vorbereitungen zur Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen.

Berlin, 24. April. In einer Note vom 21. April wurden die Alliierten ersucht, schon jetzt ihre Zustimmung zu Vorbereitungen zu einer reibungslosen Heimführung der deutschen Kriegsgefangenen in das besetzte und unbesetzte deutsche Gebiet zu geben. Es wurde deutscherseits vorgeschlagen, Unterkommissionen für Kriegsgefangene am Sitze eines der alliierten Armeehauptquartiere am Rhein sogleich in eine Besprechung der Frage eintreten zu lassen. Noudant erklärte, er habe Fochs Aufmerksamkeit bereits auf diese Fragen gelenkt und werde dessen Entscheidung alsbald mitteilen.

Aus Elsaß-Lothringen.

Straßburg, 23. April. Wie wir erfahren, äußerte sich Millerand in Straßburg Pressevertretern gegenüber über die **Frage der Kirche in Elsaß-Lothringen**, daß diese sich in nächster Zeit den Intentionen Frankreichs anpassen müsse, sich also die **Trennung vom Staate gefallen lassen müsse.** Diese Aeußerung hat in den kirchlichen Kreisen des Landes **Aufregung und starke Verstimmung** hervorgerufen, um so mehr, als sie in schroffem Widerspruch zu den Versicherungen steht, die Millerand den Generalvikaren Pelte in Metz und Jost in Straßburg gegeben hat. — Wie der „Matin" meldet, hat die französische Studienkommission für Elsaß-Lothringen verflossene Woche in Belfort getagt und bei diesem Anlasse eine Delegation des Territoriums Belfort empfangen, deren Vorschläge bezüglich der Einteilung Elsaß-Lothringens befürwortend an die französische Regierung weitergegeben wurden. Es ist danach beabsichtigt, aus dem **Elsaß 3 neue Departements** zu machen, nämlich das Departement Haut-Rhin mit Belfort als Hauptstadt, das Departement Rhin mit Kolmar als Hauptstadt und das Departement Bas-Rhin mit Straßburg als Metropole.

Bernstein gegen das Rätesystem.

Berlin, 24. April. In der heutigen Sitzung des Kongresses der Eisenbahn-Arbeiterräte sprach Eduard Bernstein über „Rätesystem und Gewerkschaft." Das Rätesystem, so führte er aus, ist ein Rückfall in die ersten Formen der Arbeiterbewegung. Es gehört ein Wunderglaube dazu, zu meinen, daß es die Gewerkschaften ersetzen könne. Die unbedingte Herrschaft der Arbeiter in der Fabrik wäre selbst in normalen Zeiten widersinnig. Die Arbeiter zu Besitzern der Fabrik zu machen, ist kein Sozialismus, sondern ein kleinbürgerlich-anarchistischer Gedanke.

Ein feiner Polizeipräsident.

Berlin, 22. April. In einer Sitzung des Untersuchungsausschusses der Preußischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen wurde die Entstehung dieser Unruhen eingehend beraten. Regierungsrat Dr. Dohe machte dabei eingehende Mitteilungen über die Tätigkeit des früheren **Polizeipräsidenten Eichhorn.** Die von Eichhorn aufgestellte Sicherheitswehr hat in den Polizeirevieren und im Polizeipräsidium schamlos gehaust. Ueber viele Hunderttausende Mark fehlen Belege. Eichhorn hat in einem Falle 5100 Mark, in einem anderen Falle 1625 Mark **für sich persönlich unterschlagen.** Unter den verschwundenen Geldern befinden sich auch 147 000 Lei rumänischen Geldes, die spurlos verschwunden sind. Eichhorn hat auch den Revolutionären die Wohnungslisten der Schutzleute ausgeliefert und die Schutzleute, die sich der unabhängigen Politik nicht gefügt haben, sind seitdem mitsamt ihren Familien in der brutalsten Weise terrorisiert worden. Die Sammlung und Austeilung von Waffen hat Eichhorn bereits am 11. November 1918 begonnen. Allein von der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik sind Waffen im Werte von 400 000 Mark erpreßt worden. Eichhorn hat ferner unter Benutzung eines Sauerstoffgebläses versucht, die **Hauptkasse des Polizeipräsidiums zu berauben.** Der Versuch ist ihm aber nicht gelungen. Vom Magistrat Berlin hat Eichhorn viele Zentner feinsten Auszugsmehles erpreßt, um damit Torten für seine Leibwache backen zu lassen. Im Polizeipräsidium wurde in den von Eichhorn und seinen Trabanten besetzt gehaltenen Räumen eine Notenpresse gefunden.

Berlin, 24. April. Auf dem Bahnhof in Halberstadt wurde heute nachmittag durch die Kriminalpolizei der frühere Polizeipräsident von Berlin Eichhorn verhaftet. Er befand sich in dem Zuge, der von Berlin ankam und hatte die Absicht, in Halberstadt umzusteigen, um nach dem Harz weiterzufahren. Er befand sich in Begleitung seiner Gemahlin. Beide wurden in das Halberstädter Polizeipräsidium geführt.

Die Ernährung des deutschen Volkes.

Berlin, 23. April. Vor einigen Tagen gab der Reichsernährungsminister Schmidt Pressevertretern eine längere Erläuterung über unsere Ernährungslage, wobei er ankündigte, daß bei der Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln der freie Handel soweit wie möglich zugezogen werden würde. Die Kartoffelversorgung reiche noch bis Ende des kommenden Monats. Dann solle als Ersatz Mehl gegeben werden und für das Fleisch Hülsenfrüchte und Reis verteilt werden. Der Minister gab als Grund für den verhältnismäßig hohen Preis des amerikanischen Mehles an, daß es notwendig gewesen sei, einen Teil des Mehles für die Brotversorgung zurückzustellen, wobei aber eine Erhöhung des Brotpreises vermieden werden soll. Die Ernährungslage scheine nicht ungünstig. Voraussetzung sei allerdings, daß es endlich bei uns zur Ruhe und Ordnung kommt und die Streiks aufhören, damit unsere Valuta im Auslande sich hebt. Nur in diesem Falle können wir dem Ruin, dem wir uns sonst nähern, entgehen.

Auslieferung des „Imperator" an England.

WTB. **Berlin**, 24. April. Dem B. T. wird aus Hamburg berichtet, daß nunmehr **auch der „Imperator", vor dem Kriege das größte Schiff der Welt und der Stolz der deutschen Schiffahrt, an England ausgeliefert werde.** Er verläßt heute den Dock um dann nach Cuxhaven zu gehen.

Wekerle †.

Berlin, 24. April. Nach einer Meldung des Wiener Deutschen Volksblattes ist der frühere ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, einer der hervorragendsten ungarischen Sozialpolitiker, im Budapester Kerker, wo er auf Befehl der gegenwärtigen ungarischen Regierung gefangen gehalten wurde, im Alter von 74 Jahren gestorben.

Erneuter schwerer Waffenstillstandsbruch durch die Polen.

WTB. **Berlin**, 23. April. In den uns aufgezwungenen Waffenstillstandsbedingungen war die sogenannte Demarkationslinie, durch die das von den Polen besetzte Gebiet der Provinz Posen abgetrennt wurde, bei Nakel so gezogen, daß die Netze und die Bahnstrecke Schneidemühl-Nakel-Bromberg in deutscher Hand verblieben. Trotz ihrer Verpflichtungen, an dieser Linie Waffenruhe zu halten, haben die Polen wiederum am 16. April abends den **Bahnhof Nakel mit Artillerie beschossen.** Von acht abgegebenen Schüssen traf einer den Bahnhof, tötete einen Postschaffner und verwundete einen Lokomotivführer und einen Heizer. Offenbar haben die Polen den Personenzug 255 beschießen wollen, der ungefähr zur Zeit der Beschießung den Bahnhof Nakel durchfahren mußte. Das rechtswidrige Verhalten der Polen hat außer den Schädigungen an Leib und Leben der deutschen Beamten eine erhebliche Störung im Eisenbahnbetrieb zur Folge gehabt.

Die Streiklage im Reich.

Die Generalstreikspläne in Baden.

Karlsruhe, 24. April. Die amtliche Karlsruher Zeitung schreibt in einem Leitartikel ihrer heutigen Nummer unter der Ueberschrift: „Eine Generalstreikhetze in Baden", daß, nachdem von den Mannheimer Linksradikalen der Gedanke der Errichtung der Räteherrschaft einstweilen zurückgestellt worden ist, das neueste Mittel, mit dem nunmehr Unabhängige und Spartakisten in Baden zu arbeiten gedenken, der Generalstreik ist. Er soll in Mannheim und dann in ganz Baden proklamiert werden, um jene 14 Forderungen des sogenannten Mannheimer Aktionsausschusses durchzudrücken. Die unabhängige sozialdemokratische Partei Badens hat zu Ostern einen hetzerischen Aufruf erlassen, in welchem von neuem die Räteherrschaft verlangt und für den Gedanken eines Generalstreiks Stimmung gemacht wird. Agenten der Unabhängigen und Spartakisten durchreisen unser Land, um das hetzerische Flugblatt zu verbreiten und die Arbeiterschaft zum Generalstreik aufzupeitschen. Wir glauben, so schreibt das amtliche Organ, über die Stimmung im Lande soweit unterrichtet zu sein, daß wir sagen können, die Generalstreikidee ist bei uns aussichtslos. Die Hetze wird erfolglos bleiben und eine Rücksprache mit unterrichteten Kreisen in Mannheim bestärkt uns in dieser Auffassung. Aber gleichwohl wäre es unklug, den Ernst der Lage zu verkennen. Es gilt, dem wahnwitzigen, skrupellosen Treiben rechtzeitig entgegenzutreten.

Das Ende des Streiks im Ruhrrevier.

Berlin, 23. April. Der **Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier kann**, wie dem B. T. aus Essen berichtet wird, heute **in der Hauptsache als beendet angesehen werden.** Im Ruhrbezirk steht heute kein Schacht mehr still; mit Ausnahme der Zeche Mathias Stinnes, dem Hauptherd der Streikbewegung, auf der aber auch heute die Hälfte der Belegschaft wieder angefahren ist, wird auf allen Stinnesschen Zechen fast vollständig gearbeitet. Schließlich wurde heute morgen selbst im Hamborner Revier, der Hochburg der Ausstandsbewegung, von mehr als einem Drittel der gesamten Belegschaft die Arbeit wieder aufgenommen. — Wie wir weiter erfahren, wird im Ruhrrevier auf **81 Schachtanlagen voll gearbeitet**, auf einem großen Teil der übrigen wenigstens teilweise. Die Lage hat sich heute **wesentlich verbessert.**

Die Lahmlegung des Verkehrs.

Berlin, 23. April. Die Streikbewegung im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier hat zur Folge gehabt, daß nunmehr, wie bereits mitgeteilt, der **Eisenbahnverkehr eingestellt werden muß. Es muß klar ausgesprochen werden, daß unsere Kohlenwirtschaft vor dem Zusammenbruch steht.** Im Jahre 1917 betrug die Tagesförderung im Ruhrrevier etwa 300 000 Tonnen, in der letzten Zeit sank sie auf 12 000 Tonnen. Durch den Aprilstreik gingen mindestens drei Millionen Tonnen Kohlenförderung verloren. Die Brennstoffvorräte sind überall auf ein Mindestmaß gesunken. Die industriellen Betriebe und die Eisenbahnen sind vielfach nur noch für wenige Tag emit Kohlen versehen. Die Ausrufung des „Generalstreiks" ist überflüssig, da die Stillegung der Industrie sich von selbst ergibt, wenn die Kohlenvorräte erschöpft sind. **Nur rascheste Kohlenförderung kann uns in wirtschaftlicher Beziehung vor völliger Anarchie retten.**

Zu der neuen Umwälzung in Bayern.

Zur Lage in München.

Berlin, 23. April. Der Voss. Zeitung wird aus Ingolstadt berichtet: Die von den Behörden erlassenen Aufrufe zur **Bekämpfung des Bolschewismus** finden in der ganzen Gegend zwischen Ingolstadt, Augsburg und Ulm begeisterte Zustimmung. Die Leitung der Operationen ist jetzt in einheitlicher Weise geregelt. Sie wird mit so erdrückender Uebermacht gegen München vorgehen, daß an einem raschen und endgültigen Erfolg **nicht zu zweifeln ist.** Der angebliche Ausspruch Levins, er werde, wenn München belagert werde, **die Bürger reihenweise am Marienplatz erschießen lassen, ruft im ganzen Lande hellste Empörung hervor.** Allgemein ist man der Ansicht, daß die Bolschewistenführer nicht begnadigt werden dürfen, ebenso auch nicht diejenigen Offiziere, die sich in den Dienst der Bolschewisten gestellt haben. Die Umklammerung Münchens wird nun systematisch weitergeführt. Zum Oberbefehlshaber der Regierungstruppen wurde, wie in Bamberg verlautet, General von Möhl, zuletzt Kommandant der dritten bayerischen Division, ernannt. Nach Mitteilungen der Regierung sind die Verhandlungen mit General von Möhl noch nicht abgeschlossen. Die Stadt Landshut wurde gestern dreimal von Roten Gardisten, die im Ertrazug von München herübergekommen waren, angegriffen. Infolge des Protestes des Magistrates und Arbeiterrates rückten die Rotgardisten schließlich unverrichteter Dinge wieder ab. Im bayerischen Walde sind die Bauern aufgestanden und haben **eigene Bataillone** gebildet, um an dem Angriff gegen München teilzunehmen.

WTB. **Augsburg**, 24. April. Der gestrige Tagesbericht des Truppenkommandos Augsburg teilt mit: Nach Meldung der Truppen wurde in der vergangenen Nacht aus einem Hause in Oberhausen **auf Posten der Regierungstruppen geschossen, der das Feuer erwiederte.** Die sich daran anschließende Haussuchung konnte des Täters nicht habhaft werden. Mering wurde am 24. April von Regierungstruppen aus Augsburg besetzt. Bei Alt-Hegnenberg (halbwegs zwischen Augsburg und München) wurde am 23. April eine feindliche Kavalleriepatrouille der Münchner roten Armee zurückgetrieben. Die Arbeit in den Betrieben von Augsburg wurde gestern wieder aufgenommen. Die Durchsuchung nach Waffen soll in verschärfter Form durchgeführt werden. — Nach der schwed. Volkszeitg. sind bei den Straßenkämpfen insgesamt 30 Personen ums Leben gekommen.

Der Tag der Abrechnung.

Roman von A. v. Trystet.

Nachdruck verboten.

6

Dort im Erker, umflossen von den rosaseidenen Vorhängen, pflegten sie traute Zwiesprache zu halten, da fühlten sie sich losgelöst von der Welt, wie auf der Insel der Seligen. In der Nähe des Kamins tranken sie oft den Tee zwischen Scherzen und ernsten Gesprächen, da waren auch manchmal liebe Gäste zugegen, Baronin Hochfeld, Edith und deren Bräutigam.

Darüber war nur eine Stimme, daß Lona ein unerhörtes wunderseltenes Glück zuteil geworden.

Und hatten die Menschen nicht recht? Es war doch auch so!

Ein Lächeln erhellte Lonas blasses Gesicht. Nein, nein, keine Macht der Welt sollte sie von der Seite dieses geliebten, angebeteten Mannes reißen, keine Macht!

Sie huschte an den zierlichen Schreibtisch und nahm drei blaue Scheine heraus, Ersparnisse noch aus ihrer Mädchenzeit, die sie für ganz andere Dinge bestimmt hatte.

Aber da es nun sein mußte, opferte sie diesen Schatz ohne Bedauern, weil sie hoffte, sich dadurch ihren Frieden zurückzuerkaufen.

Sie warf den Regenmantel um und zog die Kapuze über den Kopf.

Dem Mädchen sagte sie, daß sie noch ein wenig frische Luft schöpfen wolle, sie hoffe, sich draußen vollständig wieder zu erholen.

Mit hastigeren Bewegungen als sonst schritt sie durch den Garten, mit zusammengezogenen Schultern und gekniffenen Lippen unablässig umherspähend.

Nachgerade beschwichtigte sich der gespannte Ausdruck in ihrem fieberhaft glühenden Gesicht, kein verdächtiges Geräusch war zu hören, nichts zeigte sich, was sie von neuem hätte erschrecken können.

Sie öffnete die Pforte und schloß wieder ab. Scheu hielt sie nach allen Richtungen Umschau, so schnell, als fürchte sie gesehen zu werden, huschte sie über die Straße.

Auf der anderen Seite derselben zogen sich die Anlagen der Promenade hin. Zwischen den hohen Ahornbäumen standen Bänke, dann kam ein breiter Fußweg, und von diesem aus führten verschlungene Pfade an Wiesenflächen und Baumgruppen, an künstlerisch geordneten Bosketts und schimmernden Teichen vorüber.

Wie ein leichter, grüner Flor lag es über den Büschen, die Haselsträucher blühten, aus dem Gras lugten Krokusse und Schlüsselblumen hervor.

Auf einer lauschigen Stelle blieb Lona mit klopfendem Herzen stehen. Hier konnte sie wenigstens so leicht nicht gesehen werden. Der Regen sprühte, trotzdem die Sonne schien. Aber sie merkte es kaum. Jetzt mußte es sich entscheiden, ob sie sich vorher nicht etwa getäuscht, denn eine leise Hoffnung raunte ihr zu, daß sie Gespenster gesehen.

Schon wollte sie aufatmen, sich selbst auslachen, da löste sich ihr gegenüber aus einer Baumgruppe eine hagere Gestalt, kam mit raschen Schritten näher und streckte ihr beide rotgefrorenen Hände hin

„Guten Tag, Lona, welches Glück, daß ich dich endlich gefunden. Jahr und Tag habe ich vergeblich nach dir gesucht. Da sah ich dich vor einer Stunde mit dem stattlichen Manne zusammen und merkte auch, daß du mich erkannt hattest. Natürlich war ich zartfühlend genug, dein Tete-a-tete nicht zu stören. Konnte mir ja denken, daß du wiederkommen würdest, und wartete hier auf dich. Gott im Himmel, habe ich Sehnsucht nach dir gehabt, ordentliches Weh packte mich oft, komm doch, mein Mädel, komm, außer dir habe ich ja keinen Menschen mehr in der weiten Welt, keinen Menschen, du kannst dir wohl nicht vorstellen, wie schrecklich das ist!"

Mit einem erstickten Aufschrei sank Lona in die dürren Arme des Menschen, sie weinte, weinte, war aufgelöst in Schmerz und Qual. Dann streichelte sie das hagere, von der frischen Luft gerötete Gesicht und küßte es, wieder und wieder, ihre Lippen flüsterten Worte der Liebe, des wärmsten Mitleids:

„Du Armer, Armer, ach, wie oft denke ich deiner in unsagbarem Jammer. Solch ein Leben auf der Landstraße muß entsetzlich sein!"

Wenn der Magen knurrt und die Füße einen nicht mehr tragen wollen, allerdings. Das kommt aber selten vor. Man sieht schon, wo man bleibt, es gibt so viel gefüllte Börsen die man ein wenig erleichtern kann."

Entsetzt starrte Lona in das verschlagene Gesicht mit den zusammengekniffenen Augen.

Hastig trat sie ein paar Schritte zurück. „Komm hier fort, man könnte uns sehen. Die Arbeiter kennen mich alle. Halte dich einige Schritte hinter mir, ich führe dich nach einer Stelle, wo wir ungestört sind."

„Jawohl, mein Täubchen, geh du man, ich folge schon."

Sie kannte hier jeden Steg. Es gab einen verwilderten Teil der Promenade, auf den man keine Sorgfalt verwendete. Dorthin führte Lona ihren Begleiter.

Auf einer alten Holzbank, deren Lehne morsch und schadhaft war, ließ sie sich nieder.

„Wer ist der statiöse Mensch, mit welchem du vorhin zusammen warst?" fragte er, sich langsam neben sie setzend.

„Es ist mein Mann", entgegnete Lona; aber glühende Röte schlug dabei in ihr Gesicht; ihr war, als entwürdige sie Bernhard schon dadurch, daß sie vor diesen Ohren von ihm sprach.

„Dein Mann?!" staunte der Fremde, sich mit der Rechten auf den Schenkel schlagend, „sieh mal an, da hast du ja in einen richtigen Glückstopf gegriffen, sieht aus, als wenn er ordentlich Kröten hat —"

Ich muß bald wieder fort," unterbrach ihn Lona, „willst du mir versprechen, heut noch unsere Stadt zu verlassen?"

„Na, na, man immer sachte," entgegnete der Fremde: „bald verlassen, das ist leichter gesagt, als ausgeführt."

„Ich gebe dir Reisegeld", versetzte Lona. „Du kannst dir wohl denken, wie ich darunter leide, dich in der Nähe zu wissen."

„Mag ja alles sein," erwiderte er mit störrischer Gelassenheit, „aber jeder ist sich selbst der Nächste, und gerade hier gefällt es mir. Es gibt so viele schöne vornehme Villen, auch weit draußen, da braucht man um Nachtquartier nie verlegen zu sein; ein Gartenpavillon, ein Borkenhäuschen oder dergleichen findet sich immer zum Schlafen."

„O Gott", murmelte Lona, zusammenschauernd. Was konnte sie tun, um sich von dem Entsetzlichen zu befreien; wenn er merkte, daß ihr alles daran lag, daß er sich auf und davon machte, blieb er erst recht. Sie kannte ihn.

Vielleicht erreichte sie etwas, wenn sie ihm das Geld gab. „Ich bin so glücklich," sagte sie leise, „nicht wahr, du willst mir mein Glück nicht zerstören?"

Er schien ergriffen. „Nein, Lonachen, das will ich nicht, ganz gewiß nicht! Gib mir Reisegeld und einen Zehrpfennig, dann esse ich bloß noch Mittag und bin heute abend schon über alle Berge. Ich brauche hier überhaupt nicht wieder herzukommen."

Lona bedachte nicht, daß, wer von Kupfermünzen lebt, mit Hundertmarkscheinen nichts zu beginnen weiß. Sie gab ihm ohne weiteres das Geld, welches sie ihm zugedacht, und erhob sich gleichzeitig. „Ein Notgroschen, den ich mir in meiner früheren Stellung zusammengespart hatte, in ehrlicher Arbeit erworben. Möge es dir zum Segen werden!"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg